

Das Gewerbe soll in Basel bleiben

Bürgerliche Politiker kämpfen mit vier Vorstössen gegen die Verdrängung der Betriebe

Von Denise Muchenberger

Basel. Wenn Gewerbedirektor Gabriel Barell von einer «schleichenden Verdrängung des Gewerbes» spricht, dann kann er dies aus eigener Erfahrung tun: Als ehemaliger Geschäftsführer der Bäckerei Sutter Begg musste er den Backbetrieb im 2006 von der Basler Rosentalstrasse nach Münchenstein verlegen. «Einerseits störten sich Anwohner über die Geruchs- und Lärmemissionen, andererseits konnten wir nicht weiter expandieren», sagt Barell. Die Konsequenz: Das erfolgreiche Unternehmen bäckt seine Brötchen heute auf Baselbieter Boden.

Um zu verhindern, dass weitere Betriebe in die umliegenden Kantone oder ins grenznahe Ausland abwandern, müsse der Kanton aktiv werden und weitere Anreize schaffen. «Kleine und mittlere Unternehmen sind wichtig für Basel. Sie sorgen nicht nur für Ausbildungs- und Arbeitsplätze, sondern sie beleben auch die Stadt», sagt Gabriel Barell.

Deshalb freue er sich über das Projekt an der Neudorfstrasse. Auf dem Areal der ehemaligen Villa Rosenau plant die Regierung gemeinsam mit Immobilien Basel-Stadt und dem Gewerbeverband ein mehrstöckiges Gebäude für das handwerkliche und produzierende Gewerbe.

Ein faires Angebot

Was genau auf das Areal kommt, ist noch unklar, am Montag habe eine erste Informationsveranstaltung stattgefunden. «Nun können interessierte Unternehmen ihre Projekte und Ideen einreichen», sagt der Gewerbedirektor. Der Kanton verlangt für das im Baurecht zu vergebende Areal einen Baurechtszins



Projekt zum Vorzeigen. An der Neudorfstrasse soll ein grosses Gebäude für KMU entstehen. Visualisierung © Burkhalter Sumi Architekten

von zehn bis zwölf Franken pro Quadratmeter – laut Gabriel Barell «ein faires Angebot».

Für ihn sei das Gewerbeareal an der Neudorfstrasse ein Projekt mit Vorzeigecharakter. Er hofft, dass der Kanton noch weitere Instrumente beziehungsweise Flächen zur Verfügung stellt, damit die Verdrängung des Gewerbes aus der Stadt ein Ende nimmt.

Auch bürgerliche Politiker sind besorgt über die zunehmende Verdrängung des städtischen Gewerbes. Vier Mitglieder des Grossen Rats wollen sich für den Verbleib der KMU auf dem Kantonsgebiet einsetzen – und haben entsprechende Vorstösse eingereicht. FDP-Grossrat Elias Schäfer zum Beispiel for-

dert eine Verdichtung des Gewerbes. «Die Fläche in der Stadt ist knapp. Die öffentliche Hand sollte prüfen, wie Anreize geschaffen werden können, dass mehr Gewerbeflächen auf der gleichen Grundfläche entstehen», sagt Schäfer.

Abwanderung verhindern

Sein Parteikollege Urs Schweizer möchte das Gewerbe in den Industriezonen, also in den Zonen 7, besser verankern. Nicht nur zahlungskräftige Unternehmen wie beispielsweise Novartis sollen ausgeschriebene Flächen erhalten, «wichtig ist, dass es auch Platz für kleinere und mittlere Unternehmen hat», sagt Schweizer. Als Beispiel nennt er das Dreispitzareal, auf welchem der

Kanton bereits einen Gewerbeanteil bestimmt hat. Weitere sollen folgen.

LDP-Grossrat Heiner Vischer verlangt in seinem Vorstoss, dass bei Umzonungen von Gewerbeflächen entsprechende Ersatzflächen für die Unternehmen bereitgestellt werden. «Nur wenn wir alternative Flächen bieten können, verhindern wir eine Abwanderung in die Nachbarkantone», sagt Vischer.

Und SVP-Grossrat Joël Thüring fordert ein qualifiziertes Mehr für die Umnutzung von Industrie- und Gewerbezone.

Das Ziel von allen Vorstössen: Mehr Druck auf die Regierung machen, damit das Basler Gewerbe der Stadt erhalten bleibt.